



Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur
Betreuung der Kriegsdienstverweigerer



Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.
Action Committee Service for Peace - Comité d'Action Service pour la Paix

AGDF und EAK
Endericher Straße 41
53115 Bonn
Tel./Fax: 0228 24999-0/-20

agdf@friedensdienst.de
office@eak-online.de

Herrn Erwin Sellering
Ministerpräsident des Landes Mecklenburg Vorpommern

08.06.2010

Staatskanzlei
Schloßstraße 2-4
19053 Schwerin

Geplante Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Mecklenburg-Vorpommern und dem Wehrbereichskommando I der Bundeswehr

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Sellering,

wie wir erfahren haben ist das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur im Begriff mit der Bundeswehr eine Kooperationsvereinbarung zu schließen. Den geplanten Vertragsschluss haben Sie am 3.6.2010 zunächst ausgesetzt, weil Sie Zweifel an diesem Vertrag haben. Diese Zweifel können wir gut nachvollziehen. Das Land Mecklenburg-Vorpommern würde mit einem solchen Kooperationsvertrag der Bundeswehr wesentlichen Einfluss auf die Gestaltung der sicherheitspolitischen Bildung an Schulen einräumen. Insbesondere die geplante Beteiligung von Jugendoffizieren an der Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer erachten wir als problematisch. Durch eine solche Kooperationsvereinbarung würde eine plurale Meinungsbildung an Schulen in Frage gestellt.

Anstatt den Einfluss der Bundeswehr auf Jugendliche zu erhöhen, halten wir eine nachhaltige friedenspädagogische Orientierung der Schulen für notwendig. Die Stichworte „Gewalt und Brutalität unter Jugendlichen“ mögen hier als Begründung genügen. Gemäß dem Motto „Wer den Frieden will, bereite den Frieden vor“ sollte das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur verstärkt die Zusammenarbeit mit Friedensinitiativen suchen, wie dies zum Beispiel in Rheinland-Pfalz beabsichtigt ist. So könnten z.B. Friedensfachkräfte über gelungene Friedensprojekte und nach Deutschland zurückgekehrte Freiwillige über ihre interkulturellen Lernerfahrungen berichten. Auch die Beauftragten der Kirchen für Friedensarbeit könnten in den Schulen friedensethische Vorstellungen erläutern, die der Gewaltfreiheit den Vorrang geben. Die friedensethischen Positionen der Evangelischen Kirchen z.B. zu "Sicherheit", "deutschen Interessen" oder zur "zivil-militärischen Zusammenarbeit" stimmen nicht mit denen der Bundeswehr überein. Es ist daher nicht möglich, dass die Bundeswehr zu diesen Themen für die gesamte Gesellschaft spricht.

Mecklenburg-Vorpommern wäre nach Baden-Württemberg, Saarland, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz das fünfte Bundesland und das zweite mit sozialdemokratischer Regierungsverantwortung, das einen Kooperationsvertrag mit der Bundeswehr schließt. Dieser ermöglicht den Jugendoffizieren der Bundeswehr regierungsoffizielle, in der Bevölkerung durchaus umstrittene sicherheitspolitische Konzepte zu vermitteln, die der Bundeswehr wesentliche Aufgaben in der Außenpolitik zubilligen. So zeigt z.B. das Simulationsspiel „POL&IS“ ein Bild der politischen,

wirtschaftlichen und ökologischen Wirklichkeit, das den spielenden Schülern und Lehrern Militäreinsätze zur Konfliktbearbeitung als „normal“, notwendig und nützlich erscheinen lässt.

Der Einsatz von Jugendoffizieren der Bundeswehr an Schulen ist zwar nicht neu, aber angesichts zunehmender Kritik an Bundeswehreinsätzen und wachsender Rekrutierungsschwierigkeiten soll ihr Einfluss auf Schulen offensichtlich ausgebaut werden. Hier präsentiert sich die Bundeswehr zunehmend als Akteur der politischen Bildung. Erforderlich sind aber vielmehr eine plurale Meinungsbildung in Verantwortung der Schule durch unabhängige Lehrerinnen und Lehrer, die Schärfung der Gewissen der Jugendlichen und die Orientierung am Friedensgebot des Grundgesetzes.

Sehr geehrter Herr Selling, wir bitten Sie dringend, die Pläne Ihres Kultusministers auch weiterhin kritisch zu prüfen. Es ist ein verständliches Ziel, in einem Kooperationsvertrag auszuschließen, dass „Afghanistanveteranen“ in die Schulen gehen dürfen oder dort für die Bundeswehreinsätze geworben wird. Darüber hinaus stellen sich aber weitergehende Fragen: Warum hat die Bundeswehr ein Interesse an einer stärkeren Präsenz in den Schulen? Warum bemüht sie sich, ihre Vorstellungen von Frieden und internationaler Politik in den Unterricht hineinzutragen? Sollten Sie bei der Beantwortung dieser Fragen zu dem Schluss kommen, dass diese Interessen der Bundeswehr einer ausgewogenen Bildung der Schülerinnen und Schüler Ihres Landes zuwiderlaufen, so läge es nahe, eine solche Kooperationsvereinbarung gar nicht erst zu schließen. Wenn das Ziel Ihrer Bildungspolitik zudem ist, dass sich die Schülerinnen und Schüler in Mecklenburg-Vorpommern verstärkt mit den Möglichkeiten praktischer Völkerverständigung und gewaltfreier Konfliktbearbeitung auseinandersetzen, so bieten wir gern Kooperationsmöglichkeiten an.

Mit freundlichen Grüßen,

Jan Gildemeister

.....
Jan Gildemeister
Aktionsgemeinschaft Dienst
für den Frieden (AGDF)

Christian J. Griebenow

.....
Christian Griebenow
Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung
der Kriegsdienstverweigerer (EAK)

Jan Gildemeister (0228/24 999-13, Handy 0172 70 855 37)
Christian Griebenow (0228/24 999-24, Handy 0160 90 171 990)

P.S.: Wir erlauben uns, die nachfolgend beigefügten Adressaten über unseren Brief an Sie zu informieren:

Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Henry Tesch, Staatssekretär Udo Michallik, Staatssekretär Reinhard Meyer, Regierungssprecher Andreas Timm, Stellvertretender Regierungssprecher Matthias Crone, Gemeinsamer Beauftragter der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs und der Pommerschen Evangelischen Kirche bei Landtag und Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern Kirchenrat Markus Wiechert, Martin Fritz Geschäftsführer der evangelischen Jugend Mecklenburgs, Joachim Voss, Referent für die Arbeit mit Jugendlichen im Kirchenkreis Güstrow